

# EU-Gegner fragen das Volk

Mit einem Volksbegehren machen EU-Gegner Druck für den Austritt aus der Union. Der Kampf um jede Unterschrift ist hart und teuer und zeigt, dass die direkte Demokratie in Österreich reformiert gehört.

ALFRED PFEIFFENBERGER

WIEN. An der Europäischen Union scheiden sich die Geister. Die einen sehen sie als einzige Möglichkeit, dass ein friedliches Europa weiter eine wichtige Rolle im Weltgeschehen spielt. Die anderen als Quell ständigen Argers, ohne den sich Österreich viel besser entwickeln würde.

Zu welcher Kategorie Inge Rauscher gehört, daran besteht kein Zweifel. „Ich bin für ein freies, selbstbestimmtes Österreich“, sagt sie. Deshalb hat sie mit einigen Mitschreibern und Mitschreibern ein „EU-Austritts-Volksbegehren“ ins Leben gerufen. Vom 24. Juni bis zum 1. Juli können die Österreicherinnen und Österreicher auf den Magistraten und Gemeindeämtern unterschreiben, dass der Nationalrat eine Volksabstimmung für einen EU-Austritt beschließen soll.

Warum die EU schlecht für Österreich war und ist, dafür hat Rauscher viele Argumente. Weil die Wirtschaftspolitik der EU nur den Konzernen hilft und die heimische mittelständische Wirtschaft ruiniert. Weil Umwelt- und Tierschutzstandards sich durch den EU-Beitritt verschlechtert haben. Weil Österreichs Neutralität mit der Idee einer EU-Armee nicht vereinbar ist. Weil die EU nicht wirklich demokratisch ist. Und vieles mehr.

Die Ziele, die sich Rauscher und ihre Mitschreiber gesteckt haben, sind beachtlich. Sie rechnet fix damit, dass sie zumindest 100.000 Unterschriften sammeln können und dann der Nationalrat ihre Forderungen beraten muss. „Es gibt viele Österreicherinnen und Österreicher, die von der EU genug ha-

ben“, sagt sie. Das merke sie an den Reaktionen. 600.000 Flugblätter habe man bereits verteilt. Die Kampagne komme ins Rollen.

Aber warum tut sich jemand die Arbeit an, ein Volksbegehren zu initiieren? Die Aussichten, wirklich etwas zu ändern, sind gering, es ist jede Menge Arbeit und kostet Geld. Für Rauscher ist die Antwort klar. „Weil ich Österreich liebe“, und: „Weil ich immer schon ein politisch engagierter Mensch war.“ Und es gehe nicht nur um die Zahl der Unterschriften. Es gehe auch um Bewusstseinsbildung. Darum, dass die



„Für ein  
freies  
Österreich.“

Inge Rauscher,  
Aktivistin

Menschen über ein Thema zu diskutieren beginnen, dass die Debatte in Fahrt komme.

Das sieht der Neos-Abgeordnete Niko Alm ähnlich. Alm war der Sprecher des letzten Volksbegehrens, das in Österreich durchgeführt wurde. Das Begehren „Gegen die Kirchenprivilegien“ wurde von 56.660 Personen unterschrieben. Ein Flop im Vergleich etwa zum Volksbegehren gegen den Bau des Konferenzentrums oder dem Antigentechnik-Volksbegehren, die mehr als eine Million Unterstützer fanden. Alm ist überzeugt, dass sich seine Aktion trotzdem gelohnt habe. Schließlich sei sein Thema, die Privilegien der Kirche, österreichweit diskutiert worden. Der Aufwand sei jedenfalls enorm gewesen. „Um ein Volksbegehren

durchzuführen, braucht man viel Zeit oder viel Geld“, sagt er. Man müsse die Leute ja animieren, aufs Gemeindeamt oder den Magistrat zu gehen. Oder man engagiert einen Notar, der die Unterschriften gleich am Infostand beglaubigt. Und das koste. Grundsätzlich stelle er sich schon die Frage, ob sich der Aufwand noch lohne, ein Volksbegehren durchzuführen. Dies liege daran, dass sich das Instrument abgenutzt habe. „Die Leute haben inzwischen das Gefühl, dass sie damit nicht wirklich etwas bewirken können“, sagt Alm. Daran sei sicher die Politik schuld, weil sie die Anliegen meist relativ schnell ad acta lege.

Dass die Bürgerinnen und Bürger skeptisch seien, zeige sich am Bildungsvolksbegehren. Dafür habe es ausreichend Geld und ausreichend Publizität gegeben und es sei von prominenten Persönlichkeiten getragen worden. „Trotzdem war es nicht so erfolgreich wie erhofft“, sagt Alm. Man müsse grundsätzlich über das Thema „direkte Demokratie“ nachdenken. Wenn die Bürgerinnen und Bürger wirklich massiv etwas fordern, dann dürfe das die Politik nicht negieren, sagt er.

Über mehr direkte Demokratie wird in Österreich schon seit Jahren diskutiert. Wirklich geworden ist daraus aber nichts. SPÖ und ÖVP haben sich bisher auf keinen wirklichen Ausbau der „Bürgergesetzgebung“ einigen können. Dies fällt ihnen schwer, weil sie dadurch auf Einfluss und Macht verzichten müssten. Wenn man es wirklich ernst meint, dann müsste ab einer gewissen Zahl von Unterschriften eine Volksabstimmung angesetzt werden, deren Ergebnis bindend ist.



## Daten & Fakten Direkte Demokratie

Österreich kennt drei direktdemokratische Instrumente: die Volksabstimmung, die Volksbefragung und das Volksbegehren. Seit 1945 fanden bisher zwei bundesweite Volksabstimmungen statt: im Jahr 1978 über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf und im Jahr 1994 über den Beitritt zur Europäischen Union. Die bisher einzige bundesweite Volksbefragung wurde 2013 über die Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht durchgeführt.

37 Volksbegehren gab es bisher in Österreich. Das erste wurde im Jahr 1964 durchgeführt. Es war das Rundfunkvolksbe-

gehren, mit dem der ORF vor dem Zugriff der politischen Parteien gerettet werden sollte. Das erfolgreichste Volksbegehren war jenes gegen den Bau des Konferenzentrums im Jahr 1980. Es wurde von 1.361.562 Österreichern unterschrieben und es ging ihm wie vielen anderen Volksbegehren auch. Sein Inhalt wurde von der Regierung negiert.

8500 Unterschriften sind in Österreich derzeit notwendig, damit eine österreichweite Eintragungswoche für ein Volksbegehren durchgeführt wird. Ein Volksbegehren muss im Nationalrat behandelt werden, wenn mindestens 100.000 Unterschriften erreicht sind.

[www.volksbegehren-eu-austritt.at](http://www.volksbegehren-eu-austritt.at)

überparteiliches Volksbegehren

**EU-AUSTRITT**

**24. Juni - 1. Juli 2015**

in allen Gemeindeämtern  
und Stadtmagistraten